GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT BEZIRKSVERBAND FRANKFURT
✉Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt, ☎(069) 29 18 18, Fax (069) 29 18 19 **email info@ gew-frankfurt.de**

Presseerklärung 14.7.2015

Anlässlich der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt zum Pakt für den Nachmittag, die morgen in der Textorschule stattfinden wird, fordert der GEW Bezirksverband Frankfurt:

Echte Ganztagsgrundschulen einrichten statt den „Pakt für den Nachmittag" verwalten

In sechs Pilotregionen soll der „Pakt für den Nachmittag" nun angegangen werden. Er soll aber prinzipiell erweiterbar sein. So sollen Grundschulen durchaus die Möglichkeit erhalten, sich in echte Ganztagsschulen des Profil 3 weiterzuentwickeln. „Warum wird dieser Weg nicht auch in Frankfurt beschritten?" fragt Sebastian Guttmann, Bezirksvorsitzender des GEW Bezirksverbands Frankfurt.

Für die GEW kann in rhythmisierten Ganztagsschulen eine verbesserte individuelle fachliche und soziale Förderung der Schülerinnen und Schüler erfolgen. Soziale Ungleichheiten können ausgeglichen werden. Ganztagsschulen sind ein entscheidendes Mittel zum Abbau der Vererbung von Bildungsbenachteiligung. Insbesondere auch zur Umsetzung von Inklusion werden rhythmisierte Ganztagsschulen benötigt. Gerade Ganztagsschulen sind dazu geeignet, die Bildungsteilhabe von Kindern aus Familien mit niedrigem sozio-ökonomischen Status zu unterstützen.

Aus Sicht der GEW wird der „Pakt für den Nachmittag" den an Schule gestellten Anforderungen nicht gerecht. Hierfür werden Bedingungen benötigt, die es Schulen ermöglichen, sich zu echten rhythmisierten Ganztagsschulen zu entwickeln. „Richtige Ganztagsschulen sind ein entscheidendes Mittel zum Abbau der Vererbung von Bildungsbenachteiligung. Dabei geht es nicht um ein Modell der „Ganztagsschule light" wie sie es der „Pakt für Nachmittag" vorsieht, und bei denen dann auch noch befürchtet werden muss, dass durch Elternbeiträge sogar weitere Barrieren geschaffen werden.", kritisiert GEW-Bezirksvorsitzende Anja Golder die Frankfurter Entwicklung.

Die Teilnahme an den Angeboten des „Pakt für den Nachmittag" an den zehn Frankfurter Grundschulen ist freiwillig. Sie soll als ESB in der Jahrgangsstufe 1 und 2 nur mit Elternbeiträgen (für ca. 50% der Schüler/innen der Schule) und kostenlos für alle SchülerInnen der Jahrgangsstufe 3 und 4 durchgeführt werden. Durch diese Freiwilligkeit des Nachmittags kann die Schule die Abläufe des traditionellen Vormittagsunterrichts nicht verändern, sondern der Unterricht endet wie bisher. Andere Strukturen, in denen Unterricht, Ganztagsangebote, Pausen und Ruhephasen aufeinander abgestimmt sind, können mangels Ausstattung mit Stellen und Mitteln nicht umgesetzt werden. Die Grundschulen erweitern über den Pakt unter Umständen vielleicht ihr Angebot und versuchen auch möglichst viele Kinder zu beteiligen. Eine echte Ganztagsschule sind sie damit aber lange noch nicht. In rhythmisierten Ganztagsgrundschulen bleiben alle Kinder bis weit in den Nachmittag in der Schule, ein gemeinsames Mittagessen ist selbstverständlich. Durch die veränderte Zeitstruktur verteilen sich Arbeit und Freizeit über den Tag, verändert sich das schulische Lernen insgesamt.

Für alle 10 Schulen, die in Frankfurt am „Pakt für den Nachmittag" teilnehmen sind noch viele Fragen ungeklärt, obwohl bereits nach den Sommerferien die Angebote beginnen sollen. Die genaue zusätzliche Stellenzuweisung in Stellen und Mitteln für die 10 Grundschulen ist noch nicht im Zuweisungserlass aufgeführt. Auch werden die Mittel nach Aussage des Kultusministeriums frühestens Ende August über die Stadt Frankfurt bei den Trägern

ankommen. Wie sollen die „Freien Träger“ dann einen Prozess organisieren, wenn das Personal für die Durchführung der Angebote bereits Anfang September Angebote an den Grundschulen durchführen sollen?

Zwei der zehn „Paktschulen“ sind Grundschulen im Aufbau. Würde man dort die Herbststatistik des letzten Jahres zu Grunde legen, so würden diese eine viel schlechtere Ausstattung bekommen, als es der realen SchülerInnenzahl nach den Sommerferien entspricht.
Auch ist völlig offen, wie es in zwei Jahren weitergehen soll, wenn sich die Finanzierung nur noch an den am Ganztag teilnehmenden Schülerinnen und Schülern orientieren soll.

„Bisher hat noch niemand erläutert, wie hoch die Beiträge pro teilnehmenden Kind sein sollen und nach welchen Bedingungen jeweils abgerechnet werden soll. Das kann erhebliche Auswirkungen auf die den Schulen und Trägern zur Verfügung stehenden Mittel haben. Kinder brauchen Verlässlichkeit und Kontinuität. Das könnte ein Träger in Anbetracht dieser Finanzierung nicht garantieren, “ kritisiert Sebastian Guttmann.

Das größte Problem an vielen Grundschulen ist aber die jetzt schon existierende Raumnot, die durch weitere Angebote in immer denselben Räumen weiter verschärft wird. Schon jetzt ist in einer dieser zehn Grundschulen bei einer Schulbegehung unter Arbeits- und Gesundheitsschutzaspekten festgestellt worden, dass Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte in einigen Flurbereichen unterrichten müssen, da es an der Schule an Räumlichkeiten fehlt. Die psychische Belastung in der Schule sei für die Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler extrem hoch.

Und jetzt kommen weitere Angebote hinzu. „Wir erwarten von der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen, dass sie die räumliche Situation deutlich verbessern, das heißt neue, notwendige Räume für die Ganztagsangebote schaffen“, fasst Sebastian Guttmann diesen wichtigen Aspekt zusammen.

Auch in Ganztagsangeboten an Schulen und in Ganztagsschulen bedarf es qualifizierter Fachkräfte, die nach Tarif bezahlt werden müssen. An Ganztagsschulen arbeiten multiprofessionelle Teams miteinander. Auch um sich miteinander auf Augenhöhe begegnen zu können, muss sichergestellt sein, dass alle feste und gesicherte Beschäftigungsverhältnisse haben. „Die Mittel, die Land Hessen und Stadt Frankfurt zur Verfügung stellen, müssen eine tarifgerechte Bezahlung ermöglichen. Kinder brauchen Verlässlichkeit und Kontinuität und diese erfordern feste Beschäftigungsverhältnisse statt prekärer Beschäftigung, die wohl eine Folge der mangelnden finanziellen Ausstattung des ‚Pakt für den Nachmittag‘ sein wird“, fordert Anja Golder.

„Abschließend möchte ich noch einmal betonen“, so Sebastian Guttmann weiter, „dass deutlich mehr Ressourcen für den Bildungsbereich zur Verfügung gestellt werden müssen. Zu geringe Mittel und damit zu wenige Stellen, beispielsweise für Inklusion, dürfen nicht durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, wie es für die Grundschulen und Gymnasialen Oberstufen geplant ist, in anderen Bereichen bezahlt werden! Kein Bildungsbereich darf gegen einen anderen ausgespielt werden.“

Die GEW steht für Chancengleichheit und Bildungsmöglichkeiten für alle. Hierfür reicht es nicht aus, einzelne Bereiche isoliert zu betrachten, da sich Chancengleichheit und Bildungsmöglichkeiten für alle nur realisieren lassen, wenn sich insgesamt die Struktur des Bildungswesens in Hessen verändert. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Einrichtung echter rhythmisierter Ganztagsschulen mit ausreichender räumlicher und personeller Ausstattung.

Sebastian Guttmann (Vorsitzender) **Anja Golder (Vorsitzende)**